Katharina Mader

UNGLEICHE VERTEILUNG DER ERWERBS- UND SORGEARBEIT ZWISCHEN DEN GESCHLECHTERN

ZUSAMMENFASSUNG

Wirtschaftliche Krisen haben Auswirkungen auf die unbezahlte Arbeit von Frauen. Diese Arbeit fängt auf, was auf dem Markt nicht mehr leistbar ist oder der Staat nicht anbietet. Und dennoch wird in Untersuchungen zu den Auswirkungen von Krisen und zur grundsätzlichen sozioökonomischen Lage von Frauen ausschließlich auf Erwerbsarbeit fokussiert. Dies wird durch ein politisches Desinteresse an den Ursachen und Folgen der ungleichen Aufteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit verschärft. Dadurch bleiben sozialpolitische Maßnahmen, wirtschaftspolitische Entscheidungen und Krisenpolitiken auf zumindest einem Auge blind.

- Um die gleiche Verteilung unbezahlter Arbeit zwischen den Geschlechtern zu fördern, ist der Ausbau qualitätsvoller sozialer Dienstleistungen notwendig.
- Andererseits muss eine partnerschaftliche Teilung der unbezahlten Arbeit und der Erwerbsarbeit zwischen Frauen und Männern gefördert werden.
- Unterschiedliche Formen der Arbeitszeitverkürzung bieten eine Chance für eine geschlechtergerechtere Gestaltung aller gesellschaftlich anfallenden und notwendigen Arbeiten.

ABSTRACT

Economic crises affect women's unpaid work. Their work makes up for what is no longer affordable on the market or what the state does not offer. And yet, studies on the effects of crises and the socio-economic situation of women exclusively focus on paid employment. This is exacerbated by a political disinterest in the causes and consequences of the unequal division of paid and unpaid work. As a result, socio-economic measures, economic policy decisions, and crisis management remain blind in at least one eye.

- To promote an equal distribution of unpaid work between women and men, investment in high-quality social services is necessary.
- On the other hand, a fair division of unpaid work and paid employment between women and men within partnerships must be promoted.
- A variety of arrangements of working time reductions offers an opportunity for a more gender-equitable arrangement of all socially necessary work.

Sozialpolitik in Diskussion, Band 24/2023: Seiten 91–103

1 EINLEITUNG

Wirtschaftliche Krisen und ihre Folgen haben massive Auswirkungen auf die unbezahlte Arbeit von Frauen, denn was der Staat nicht (mehr) als öffentliche Angebote anbietet und auf dem Markt nicht mehr leistbar ist, versuchen Frauen mit unbezahlter (Mehr-)Arbeit im eigenen Haushalt aufzufangen. Frauen und ihre unbezahlten Tätigkeiten werden zu sozialen Airbags, die mit Mehrarbeit im Haushalt, Lohnkürzungen und Kündigungen das Schrumpfen öffentlicher Leistungen und die Einsparungen des Staates in der Sozial-, Familien- und Gesundheitspolitik abzufedern versuchen (Women's Budget Group 2017; Gubitzer/Mader 2011; Klatzer/Schlager 2013; Wichterich 2013).

Und dennoch wird in den meisten Untersuchungen zu den Auswirkungen von Krisen, aber auch zur grundsätzlichen sozioökonomischen Lage von Frauen sowie zur Verteilung des wirtschaftlichen Wohlstands großteils ausschließlich auf die Erwerbssituation und das Erwerbseinkommen von Frauen fokussiert. Denn in den meisten Industrieländern hat die Zunahme der Beschäftigung von Frauen seit den 1960er-Jahren zu einer erheblichen Steigerung des Familieneinkommens beigetragen (Folbre et al. 2013).

Unsichtbar bleiben in diesen Analysen jedoch oft die unbezahlte Haus- und Sorgearbeit. Unbezahlte Arbeit ist hierbei jene Arbeit, die in den eigenen Haushalten ausgeführt wird, konkret bedeutet dies Tätigkeiten wie Putzen und Instandhaltung des Wohnraumes und der Haushaltsgeräte sowie Kochen, Waschen, Betreuung und Pflege von Kindern und bedürftigen bzw. alten Personen – so sie unentgeltlich verrichtet werden. Diese unbezahlte Arbeit fällt unweigerlich in jedem Haushalt an und nimmt in der Regel viel Zeit in Anspruch. Es wird davon ausgegangen, dass wenn unbezahlte Arbeit in die Berechnungen des Bruttoinlandsprodukts einfließen würde, dieses in einem durchschnittlichen OECD-Land je nach Berechnungsart um 30 bis 50 % steigen würde (OECD 2011).

In Österreich werden – nach den letzten verfügbaren Zahlen aus dem Jahr 2008/2009 – jede Woche ca. 186,5 Mio. Stunden an unbezahlter Arbeit und Freiwilligenarbeit geleistet. Wird nur die unbezahlte Haus- und Betreuungsarbeit betrachtet, so werden pro Jahr neun Milliarden Stunden an unbezahlter Arbeit geleistet. Im Unterschied dazu verbringen Österreicher:innen 9,5 Milliarden Stunden mit bezahlter Arbeit. Je nachdem, welcher Bewertungsansatz gewählt wird, würde sich für diese neun Milliarden Stunden ein monetärer Wert der unbezahlten Arbeit zwischen 79,2 Mrd. und 102 Mrd. Euro ergeben, was einem Anteil von 27 % bis knapp 35 % des BIPs gleichkommt (Schappelwein 2018). Ein aktueller – deutlich höherer – Wert kann seriös erst mit der Verfügbarkeit der Daten der neuen Zeitverwendungsstudie berechnet werden.

Unbezahlte Haus- und Betreuungsarbeit ist deutlich ungleich zulasten von Frauen verteilt: Zwei Drittel der unbezahlten Arbeit für Hausarbeit, Kinderbetreuung und die Pflege von Angehörigen werden von Frauen geleistet, ein Drittel von Männern. Annähernd umgekehrt ist das Verhältnis bei der bezahlten Erwerbsarbeit (Statistik Austria 2009; Schappelwein 2018). Der Care-Gap, also der Unterschied der durchschnittlichen täglichen Zeitverwendung für unbezahlte Haus- und Sorgearbeit zwischen Frauen und Männer beträgt 55 %.

Wird ausschließlich auf die geleistete bezahlte Arbeit fokussiert, kommt es zu einer massiv ungleichen Berücksichtigung der Geschlechter hinsichtlich ihrer produktiven Leistungen. Hier zeigen sich also die Grenzen jener Analysen zu den Auswirkungen von Frauenbeschäftigung und/oder Einkommen auf das wirtschaftliche Wohlergehen innerhalb und zwischen Haushalten, die unbezahlte Arbeit nicht berücksichtigen (Folbre et al. 2013).

Sozialpolitik in Diskussion, Band 24/2023: Seiten 91–103

Ein Sichtbarmachen von unbezahlter Arbeit schafft nicht nur eine vollständigere Dokumentation der Wertschöpfung, sondern macht Frauen als ökonomische Akteurinnen sichtbar(er). Mehr noch, wenn unbezahlte Arbeit stärker als Teil ökonomischen Handelns begriffen wird, kann sie zukünftig auch in sozioökonomische Fragestellungen sowie sozial- und wirtschaftspolitische Maßnahmen einfließen, was wesentlich zu einer gerecht(er)en Gesellschaft beitragen würde. Dieses Kapitel soll dazu einen Beitrag leisten.

2 CHARAKTERISTIKA DER SOZIALPOLITIK IN ÖSTERREICH UND JÜNGERE TRENDS DER POLITIKGESTALTUNG

Die österreichische Sozialpolitik zeichnet sich durch zweierlei aus: die völlige De-Thematisierung der unbezahlten Arbeit bei gleichzeitiger implizierter Zuschreibung der unbezahlten Arbeit als familiäre Aufgabe der Frauen. Rathgeb/Wiß (2020) nennen dies das „(anhaltend) konservative Erbe" der österreichischen Sozialpolitik und einen „der größten Schwachpunkte im österreichischen Sozialstaat". Frauen- und familienpolitisch sind die letzten Jahre auch von neokonservativen Rückschritten geprägt, die unter anderem an der Ausweitung der Höchstarbeitszeiten und am Ausbau von steuerlichen Förderungen festgemacht werden können (Buxbaum/Soukup 2022). Damit wurden traditionelle, konservative Muster der innerfamiliären Aufteilung von Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten angesichts fehlender Rahmenbedingungen sogar verfestigt statt aufgebrochen.

In der Familienpolitik bedeutet dies weiterhin vor allem eine starke Konzentration auf Transferzahlungen zulasten von Sachleistungen, während nur 26 % aller familienpolitischen Ausgaben Österreichs in Sachleistungen fließen, sind die direkt an Familien ausgezahlten monetären Aufwendungen beachtlich. Nur in vier anderen Ländern der OECD haben Transferzahlungen eine noch höhere Bedeutung als in Österreich (Rathgeb/Wiß 2020). In den letzten Jahren wurden so beispielsweise mit dem sogenannten „Familienbonus Plus", einem Absetzbetrag, der im Jahr 2022 weiter erhöht wurde, vor allem besser verdienende Haushalte begünstigt. Zudem erhalten Männer aufgrund ihrer durchschnittlich höheren Einkommen den überwiegenden Anteil des Gesamtvolumens des Familienbonus. Im Unterschied dazu sind die Ausgaben für öffentliche Kinderbetreuung oder institutionelle Pflegeinrichtungen im internationalen, aber auch europäischen Vergleich niedrig. Werden die Ausgaben für Kinderbildung zum Beispiel in Relation zur Gruppe der unter 6-Jährigen gesehen und wird zugleich die unterschiedliche Kaufkraft berücksichtigt, zeigt sich, dass Länder wie Schweden und Norwegen mehr als das Doppelte pro Kind in öffentliche Kinderbildung investieren (Rathgeb/Wiß 2020). Eine fortschrittliche Sozialpolitik könnte „sicherstellen, dass effektive Gleichstellung zwischen den Geschlechtern endlich zur Realität wird" (Buxbaum/Soukup 2022), müsste dafür aber als unmittelbar anstehenden Schritt einen massiven Ausbau der Kinderbetreuung sowie der schulischen Tagesbetreuung und der Ganztagsschulen starten.

Ein weiteres Beispiel der De-Thematisierung der unbezahlten Arbeit in der österreichischen Sozialpolitik ist die 2016 beschlossene Reform des Kinderbetreuungsgeldes. Dort wurden sich widersprechende politische Zielsetzungen – nämlich Wahlfreiheit und mehr „Väterbeteiligung" – festgehalten. In der Evaluierung dieser Reform zeigt sich, dass für eine Erhöhung der Väterquote zu wenig und für mehr Geschlechtergleichstellung keine Lenkungseffekte ermöglicht wurden. Im Kinderbetreuungsgeld-Bezugsverhalten spiegelt sich nun auch zunehmend der in Österreich vorherrschende traditionelle Normen- und Wertekomplex hinsichtlich Geschlechts- und Elternrollen wider (Schmidt 2022). Wäre eine „reale und eigenverantwortliche Übernahme

Sozialpolitik in Diskussion, Band 24/2023: Seiten 91–103

von Familien- und Betreuungsarbeit durch Väter das politische Ziel" (Schmidt 2022), dann müsste die Verteilung unbezahlter Arbeit die Grundlage der politischen Gestaltung sein, und Männer müssten aus der ausschließlich unterstützenden Rolle geholt und in ihrer eigenverantwortlichen Zuständigkeit und Kompetenz für die Familienarbeit angesprochen werden.

Hierfür bedarf es jedenfalls des detaillierten Wissens zu unbezahlter Arbeit, ihrer Verteilung und den ökonomischen Entscheidungen in privaten Haushalten.

3 UNBEZAHLTE ARBEIT, CARE UND DER HAUSHALT – EINE THEORETISCHE VERORTUNG

Die Untersuchung von unbezahlter Arbeit und Arbeit in Haushalten ist eines der zentralen Forschungsfelder innerhalb der feministischen Ökonomie seit den 1960er-Jahren. In jüngster Zeit wird diese unbezahlte Arbeit auch als Care-Arbeit bezeichnet, sie wird nach wie vor überwiegend von Frauen geleistet und beeinflusst das Erwerbsarbeitsverhalten und die Diskriminierung von Frauen in der Erwerbsarbeit wesentlich.

Im Zentrum der wissenschaftlichen Befassung stehen von Beginn an die Unsichtbarkeit der unbezahlten (Frauen-)Arbeit sowie die damit verbundene „Sozialisation und die Frage, wie es dazu kommt, dass Frauen so viel mehr Arbeit unbezahlt verrichten als Männer" (Madörin 2010). Seit Jahrzehnten wird die Forschung erweitert, indem sie die unbezahlte Arbeit als Teil der Produktion und Aufrechterhaltung der gesamtgesellschaftlichen Wohlfahrt und des Lebensstandards thematisiert (Gubitzer/Mader 2011). Denn jede Ökonomie würde über kurz oder lang stillstehen, würden die unbezahlten Arbeiten nicht ausgeführt werden (Jochimsen 2003).

Seit den 1970er-Jahren fordert die Frauenbewegung daher, dass der traditionelle Arbeitsbegriff erweitert werden muss und jede gesellschaftlich nützliche Arbeit als Arbeit wahrgenommen werden soll, nicht nur die Lohnarbeit (Schilliger 2009). Der Begriff „Care-Arbeit" umfasst „das Organisieren des Lebensnotwendigen" (Klawatsch-Treitl 2010), die lebensnotwendigen gesellschaftlichen Aufgaben zur Produktion des Lebensstandards, zur Schaffung von Voraussetzung für die menschliche Entwicklung und die Entfaltung der eigenen Persönlichkeit von Frauen wie Männern. Schließlich geht es bei Care-Arbeit auch um die Frage: Wie wollen wir leben? Mit der Erarbeitung ihres Vorschlages zu einer EU-Care-Strategie hat die Europäische Kommission 2022 genau diese Frage erstmals aufgenommen.

Ein wesentliches Spannungsverhältnis zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit bzw. zwischen den Menschen, die diese leisten, ergibt sich für die feministische Forschung, weil diese Aufteilung nicht immer und völlig freiwillig passiert. Hier ist nicht von konkretem Zwang einer Person über eine andere die Rede, sondern von strukturellen Faktoren und Rahmenbedingungen, die diese Aufteilung beeinflussen:

Noch bis vor Kurzem behandelten Mainstream-Ökonom:innen den Haushalt so, als ob der individuelle Nutzen der einzelnen Familienmitglieder gleich wäre, und nahmen an, dass Haushalte damit eine einzige einheitliche Nutzenfunktion und eine gemeinsame Budgetbeschränkung hätten. Das Haushaltsmodell von Becker (1981), das weitgehend zum ökonomischen Standardmodell für die Verteilung in Haushalten wurde, stützt sich auf die Idee, dass es in jeder Familie ein altruistisches Individuum, den Ehemann, Vater oder Patriarchen, gäbe, dessen Präferenzen seine Sorge um die Wohlfahrt der Familie widerspiegeln würden. Entsprechend versuche er, stellvertretend für seine Familie seinen Nutzen zu maximieren. Auch geschlechtsspezifische

Sozialpolitik in Diskussion, Band 24/2023: Seiten 91–103

Arbeitsteilung wird seit den 1980er-Jahren in solchen traditionellen ökonomischen Theorien behandelt. Einer der gängigsten Erklärungsansätze ist die ökonomische Abhängigkeit der Frauen von ihren (Ehe-)Partnern. Der Partner investiere mehr in sein Humankapital, wodurch er einen höheren Stundenlohn und eine effizientere Einkommenserzielung vorweisen könne. Da unterstellt wird, dass die Haushaltsmitglieder rational handeln und den gemeinsamen Nutzen maximieren wollen, spezialisiert sich der Partner auf bezahlte Arbeiten außerhalb des Haushaltes, während die Partnerin die unbezahlte Arbeit im Haushalt übernimmt. Große geschlechtsspezifische Unterschiede in der Zeitverwendung werden auf die vermeintlich biologisch bzw. „natürlich" bedingte Zuständigkeit der Frau für die Kindererziehung und deren leichte Vereinbarkeit mit der Hausarbeit, aber auch auf vermeintlich intrinsische Motivationen der Frauen, zurückgeführt (Becker 1981; Becker 1985).

Auch in aktuelleren Forschungen wird argumentiert, dass die Aufteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit auf der Höhe der Einkommen der jeweiligen Partner:innen und der damit verbundenen „Verhandlungsmacht" im Paarhaushalt basiert. Der- bzw. diejenige Partner:in mit dem höheren Einkommen beeinflusst die Aufgabenverteilung stärker und übernimmt deshalb den geringeren Anteil an unbezahlter Arbeit (Lundberg/Pollak, 2008).

Eine gänzlich andere Herangehensweise findet sich bei Sen (1990), der argumentiert, dass Frauen ihre Eigeninteressen oftmals weniger wichtig nehmen, da ihre Identitäten eng mit den Interessen und dem Wohlergehen des Haushaltes bzw. der Familie verknüpft sind. Dieses Überlappen von persönlichen und Familieninteressen erhält die ungleiche Intrahaushaltsverteilung von Entscheidungsmacht und Ressourcen. Frauen haben weniger Entscheidungsmacht, weil ihre Beiträge zum Haushalt weniger wertgeschätzt werden als jene von Männern. Gleichzeitig wird durch diese Wahrnehmungen auch die Entscheidungsmacht von Frauen außerhalb des Haushaltes definiert und ihnen die Rolle als Zusatzverdienerin rein auf Basis ihres Geschlechts zugewiesen. Dies wiederum reduziert die Entscheidungsmacht von Frauen im Haushalt und führt zu einer Minderwertschätzung ihrer Bedürfnisse sowie im Besonderen ihrer Beiträge zum Haushalt (vgl. auch Agarwal 1997).

In der feministischen Ökonomie wird auch auf andere interdisziplinäre Ansätze an der Schnittstelle von Ökonomie und Soziologie zurückgegriffen, die weitere Erklärungsansätze einbringen, die vor allem daraus resultieren, dass empirische Ergebnisse den theoretischen Ergebnissen der Mainstream-Ökonomie deutlich widersprechen: So zeigt sich in vielen Ländern, dass Frauen mit deutlich niedrigerem Einkommen als ihre Partner wesentlich mehr unbezahlte Arbeit übernehmen als ihre Partner. Der Anteil der unbezahlten Arbeit sinkt bei steigendem Einkommen von Frauen – jedoch nur bis zu einem gewissen Punkt. Denn diejenigen Frauen, die deutlich mehr Einkommen als ihre Partner generieren, übernehmen gleichzeitig deutlich mehr unbezahlte Arbeit als ihre Partner. Der „gender display"-Ansatz geht davon aus, dass normative Geschlechterrollen vorschreiben, dass der Mann der Familienernährer zu sein hat. In Paarhaushalten, in denen die Frau mehr verdient, überkompensiert sie ihre „Normverletzung" durch das Übernehmen von mehr Hausarbeit, um so ihrer gesellschaftlich zugeordneten Rolle bzw. geschlechtsspezifischen Identität gerecht zu werden (Greenstein 2000). Der „deviance neutralization"-Ansatz geht hingegen davon aus, dass Männer, die ihre gesellschaftlich zugeschriebene Rolle als Familienernährer nicht erfüllen können, ihren Anteil an unbezahlter Arbeit reduzieren, um zumindest hier ihre Geschlechterrolle laut sozialer Norm zu erfüllen, ihre Partnerinnen sind dann gezwungen, den größeren Anteil zu übernehmen. Somit wird die Normverletzung „neutralisiert", und beide Partner:innen bauen eine rollenkonforme Geschlechteridentität bzw. ein rollenkonformes Verhalten im Haushalt auf (Bittman et al. 2003).

Abgesehen von diesen mittlerweile vielfältigen Ansätzen zur Erklärung von Intrahaushaltsverhandlungsprozessen bleiben Haushalte nach wie vor oftmals eine Art „Blackbox" in Bezug auf Sozialpolitiken. Intrahaushaltsungleichverteilungen wurden zu einem großen Teil auch deshalb ignoriert, weil die Familie bzw. der Haushalt als private und nicht ökonomische Angelegenheit wahrgenommen wird. Diese vermeintlich „private" Sphäre muss in den Mittelpunkt gerückt werden, um zu zeigen, wie ihr Funktionieren die ökonomischen Schlüsselvariablen wie unbezahlte Arbeit, Arbeitskräfteangebot oder Humankapitalformation beeinflusst. Denn der Haushalt ist aus einer feministischen Perspektive nicht nur als Ort der Entscheidungsfindung zu betrachten, sondern auch als Ort der Entstehung und Verfestigung von Verteilungs(un)gerechtigkeit zu verstehen (Katz 1997; Agarwal 1997).

4 ZUR VERTEILUNG DER UNBEZAHLTEN ARBEIT IN ÖSTERREICH

Die letztverfügbaren repräsentativen – mangels neuerer Erhebungen völlig veralteten – Daten zeigen: Frauen verbringen wöchentlich 32 Stunden mit unbezahlter Arbeit, Männer hingegen etwa 17 Stunden (Statistik Austria 2009). Aktuellere Zahlen wird es voraussichtlich erst Mitte 2023 geben, da Österreich bisher – im Gegensatz zu den anderen Mitgliedsländern – die Empfehlung der europäischen Statistikbehörde EUROSTAT, alle zehn Jahre eine Zeitverwendungsstudie durchzuführen, noch nicht umgesetzt hat.

In ganz Europa verbringen Frauen jeden Tag im Durchschnitt zwischen zwei und vier Stunden mehr mit unbezahlter Care-Arbeit als ihre Männer. Auch wenn beide Eltern berufstätig sind, teilen sie sich die Kindererziehung nicht zu gleichen Teilen auf. Mütter verbringen im Schnitt doppelt so viel Zeit mit der Kinderbetreuung wie Väter (Bachmayr-Heyda 2020).

Genauso wie auf dem Arbeitsmarkt herrscht in Haushalten außerdem eine genderspezifische Segregation der Tätigkeiten vor. Oder umgekehrt: Jene Tätigkeiten, die mehrheitlich von Frauen im Haushalt ausgeübt werden, liegen auch auf dem Arbeitsmarkt mehrheitlich in weiblichen Händen. So ist beispielsweise Haushaltsarbeit eine der Tätigkeiten, die überwiegend von Frauen erledigt werden. Der Anteil der Männer, die Hausarbeiten übernehmen, ist zwar im Zeitverlauf gestiegen, dennoch gaben 2008/2009 92 % der Frauen und 74 % der Männer an, Arbeiten rund um den Haushalt zu verrichten. Damit hat sich der Anteil jener Männer, die Hausarbeiten übernehmen, seit Anfang der 1980er-Jahre von nicht einmal einem Viertel auf knapp drei Viertel erhöht.

Auch wenn beide Partner:innen erwerbstätig sind, liegt der Hauptanteil der unbezahlten Hausarbeit bei den Frauen. Das traditionelle Rollenbild zeigt sich im ländlichen Raum noch ausgeprägter: So klaffen die Anteile jener Frauen und Männer, die sich dem Kochen, Aufräumen oder Wäschewaschen widmen, in ländlichen Gebieten weiter auseinander als im städtischen Raum.

Kinderbetreuung umfasst Füttern, Waschen, Anziehen, mit den Kindern spielen, sie trösten, Hausaufgaben betreuen und vieles mehr. Insgesamt zeigt sich: „Frauen sorgen, Männer spielen." Baden, Zähneputzen, Wickeln, also Tätigkeiten, die die Körperpflege des Kindes betreffen, werden von 16,4 % aller Frauen, jedoch nur von 8,2 % aller Männer verrichtet. Auch Füttern, Kuscheln, mit dem Kind lernen, das Kind zu Hause oder am Spielplatz beaufsichtigen und es zu Schul- oder Freizeitveranstaltungen begleiten: All diese Tätigkeiten werden anteilsmäßig von mehr Frauen als Männern ausgeübt. Lediglich beim Spielen mit dem Kind besteht kein so großer Unterschied zwischen den Geschlechtern. Hier beteiligen sich im Schnitt 13 % aller Frauen und 10 % aller Männer.

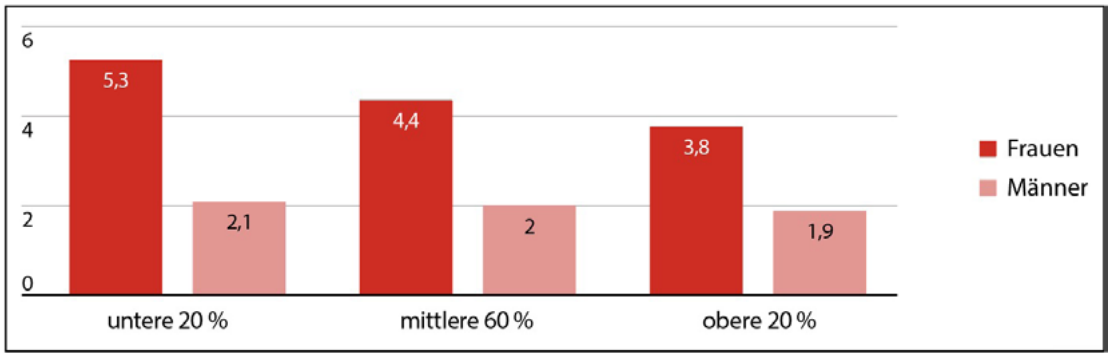
Sozialpolitik in Diskussion, Band 24/2023: Seiten 91–103

Betrachtet man zudem den Familienstand, so wird ersichtlich, dass Alleinerzieherinnen fast 1¾ Stunden täglich länger erwerbstätig sind als Frauen in Paarhaushalten. Durch die damit verbundene höhere Belastung bleibt weniger Zeit für Persönliches, Arbeiten im Haushalt, aber auch die Kinderbetreuung übrig. Durchschnittlich wenden alleinerziehende Mütter etwa zwei Stunden täglich für die Betreuung auf, während Frauen in Paarhaushalten mit Kindern unter 16 Jahren rund 20 Minuten länger dafür Zeit finden.

Erwerbstätige Frauen in Paarhaushalten mit Kind(ern) müssen, um Beruf und Familie zu vereinbaren, Zeit „einsparen", und so finden diese Mütter für Arbeiten im Haushalt knapp 1½ Stunden weniger Zeit als nicht erwerbstätige Mütter. Auch für die Kinder haben sie, mit zwei Stunden täglich, etwa eine Stunde weniger Zeit als nicht erwerbstätige Mütter. Nichtsdestotrotz bleibt unabhängig davon, ob erwerbstätig oder nicht, das Rollenbild klassisch: So beteiligen sich nicht erwerbstätige Väter um mehr als 2¼ Stunden kürzer an der Hausarbeit und wenden 1½ Stunden weniger Zeit für die Betreuung der Kinder auf als nicht erwerbstätige Mütter. Der Unterschied zwischen erwerbstätigen Männern und Frauen in Paarhaushalten mit Kind(ern) beträgt bei diesen beiden Tätigkeitsbereichen rund zwei Stunden bzw. 57 Minuten (Statistik Austria 2009).

Zurückkommend auf das ökonomische Argument, dass die Aufteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit auf der Höhe der Einkommen der jeweiligen Partner:innen basiere, zeigt sich anhand der Daten aus 2008/2009: Das Ausmaß der unbezahlten Haus- und Betreuungsarbeit von Frauen ist in der unteren Einkommensgruppe mit 5,3 Stunden täglich am höchsten, während Frauen in der Mittelschicht ca. 4,4 Stunden unbezahlte Arbeit verrichten und Frauen in der obersten Einkommensgruppe 3,8 Stunden. Eine Zugehörigkeit zur obersten Einkommensgruppe bedeutet also durchaus weniger unbezahlte Arbeit für Frauen, mitnichten jedoch, dass Frauen kaum oder keine unbezahlte Arbeit verrichten oder gar ähnliche Zahlen wie Männer aufweisen. Das tägliche Ausmaß der unbezahlten Haus- und Betreuungsarbeit von Männern befindet sich nämlich jeweils bei der Hälfte des Ausmaßes für Frauen und bewegt sich bei allen drei Einkommensgruppen bei in etwa zwei Stunden, scheint also im Wesentlichen unabhängig von der Zugehörigkeit zu einer Einkommensgruppe zu sein (Mader et al. 2018).

Abbildung 1: Tägliche unbezahlte Arbeit nach Einkommensgruppen (2008/2009)



Quelle: Mader et al. 2018

Gravierende Veränderungen ergaben sich jedenfalls durch die COVID-19-Krise: Der Anteil unbezahlter Arbeit von Frauen ist vor allem durch die Schließung der Kindergärten und Schulen während des Lockdowns deutlich gestiegen (Mader et al. 2020). So zeigen die Daten aus der nicht repräsentativen Studie zum ersten Lockdown im Frühjahr 2020 von Mader et al. (2020), dass Mütter in Paarhaushalten im Schnitt 14¼ Stunden pro Tag gearbeitet haben, 9½ davon unbezahlt. Das waren durchschnittlich pro Werktag 2½ unbezahlte Stunden mehr als bei Männern.

Bei der zu 90 % aus Frauen bestehenden Gruppe der Alleinerziehenden waren es sogar 15 Stunden pro Tag. Es bleibt zu befürchten, dass die weiteren Schul- und Kindergartenschließungen diese Entwicklung verschärft haben und dazu geführt haben, dass Frauen zunehmend gänzlich aus dem Arbeitsmarkt gedrängt worden sind – und dass aktuell aufgrund der Teuerung Haushalte deutliche Einsparungen beim Zukaufen von Betreuungs- und Haushaltsdienstleitungen machen müssen, was Frauen mit ihrer unbezahlten (Mehr-)Arbeit im eigenen Haushalt versuchen aufzufangen.

5 ZUM VEREINBARKEITSDRUCK VON BEZAHLTER UND UNBEZAHLTER ARBEIT

Frauen leisten 40 % der gesamten Erwerbsarbeit, beziehen aber gleichzeitig nur rund ein Drittel der gesamtwirtschaftlichen Lohnsumme. Das liegt zum überwiegenden Teil daran, dass es vor allem Frauen sind, die teilzeitbeschäftigt sind. Teilzeiteinkommen ermöglichen großteils keine ökonomisch unabhängige Existenz. 2021 waren rund 50 % der Frauen, aber nur 12 % der Männer teilzeitbeschäftigt, Frauen waren auch wesentlich häufiger als Männer atypisch beschäftigt.[1] Insgesamt gingen 2021 rund 55 % der Frauen und 17 % der Männer einer atypischen Beschäftigung nach (Teilzeiterwerbstätigkeit, freier Dienstvertrag, Leih- bzw. Zeitarbeitsverhältnis, geringfügige Beschäftigung unter zwölf Stunden pro Woche, Befristung), zudem arbeiteten Frauen doppelt so oft in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen wie Männer (Bachmayr-Heyda 2020). Als Gründe für Teilzeitbeschäftigung waren bei 38,5 % der Frauen Betreuungspflichten für Kinder oder pflegebedürftige Erwachsene ausschlaggebend (Männer: 5,8 %), in der Altersgruppe von 30 bis 44 Jahren nannten sogar 67,6 % der Frauen (und 13,4 % der Männer) Betreuungspflichten als wichtigsten Grund. Bei den Männern stand dagegen insgesamt die schulische oder berufliche Aus- oder Fortbildung mit 22,4 % (Frauen: 7,4 %) im Vordergrund.[2]

Und obgleich sich die Differenz der Erwerbstätigenquoten von Müttern und Vätern im letzten Jahrzehnt verkleinert habt, sind die Unterschiede – aufgrund der Zuständigkeit für unbezahlte Arbeit – nach wie vor groß: Im Jahr 2021 nahmen 91 % der Männer und 67,2 % der Frauen mit betreuungspflichtigen Kindern unter 15 Jahren aktiv am Arbeitsmarkt teil.[3] Die Phase der Nicht-Erwerbstätigkeit der Frauen nach der Geburt eines Kindes hat sich deutlich verkürzt (siehe hierzu das AK Wiedereinstiegsmonitoring).[4] Nach der Geburt eines Kindes sind es dennoch noch immer vor allem die Mütter, die ihre Erwerbstätigkeit unterbrechen, in Karenz gehen und Kinderbetreuungsgeld beziehen und anschließend in Teilzeit oder geringfügig beschäftigt auf den Arbeitsmarkt zurückkehren. Im Gegensatz dazu wird die Erwerbsarbeit von Männern wenig beeinflusst, Väter arbeiten im Schnitt sogar mehr als Männer ohne Kinder. 36 % der Väter von Kindern unter 15 Jahren sind zwischen 36 und 40 Wochenstunden erwerbstätig, 13 % zwischen 41 und 45 Stunden. 18 % der Väter sind sogar mehr als 46 Wochenstunden und nur 6 % zwischen 31 und 35 Stunden mit Erwerbsarbeit beschäftigt. Gleichzeitig sind es aber auch die Väter von jungen Kindern, die vermehrt weniger Stunden erwerbstätig sind und sich auch insgesamt weniger lange Arbeitszeiten wünschen, um Zeit mit ihren Kindern zur Verfügung zu haben (Stadler/Mairhuber 2017).

1 https://www.statistik.at/statistiken/arbeitsmarkt/arbeitszeit/teilzeitarbeit-teilzeitquote.
2 https://www.statistik.at/fileadmin/pages/360/Infotext_Gender-Statistik_Erwerbstaetigkeit.pdf.
3 https://www.statistik.at/statistiken/arbeitsmarkt/erwerbstaetigkeit/familie-und-erwerbstaetigkeit.
4 https://www.arbeiterkammer.at/service/studien/frauen/AK_Wiedereinstiegsmonitoring.html.

Sozialpolitik in Diskussion, Band 24/2023: Seiten 91–103

Die erhöhte Erwerbsbeteiligung von Frauen ist fast ausschließlich eine Folge der Ausweitung von Teilzeitarbeit. So stieg im Zeitraum zwischen 1994 und 2021 die Teilzeitquote von Frauen mit Kindern unter 15 Jahren von 39,1 % auf 72,8 % an.[5] Diese Entwicklung kann auch als „unsystematische und ungesteuerte Arbeitszeitverkürzung" bezeichnet werden (Mayrhuber 2020).

Gerade in Österreich erweist sich die Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern als äußerst hartnäckig. Gesellschaftliche Rollenbilder wie der „gute Vater", der seine Familie finanziell gut versorgen kann, sind immer noch vorherrschend, ebenso wie das Bild einer „guten Mutter", die maximal die Rolle einer Zuverdienerin übernimmt, jedenfalls aber den Großteil der Kinderbetreuung besorgt. Insofern werden von heterosexuellen Paaren mit der Geburt eines Kindes überwiegend Modelle gewählt, die auf die Haupterwerbstätigkeit von Männern abzielen: Bei knapp 44 % der Paare mit Kindern unter 15 Jahren im selben Haushalt war 2021 der Mann auf Vollzeitbasis und die Frau auf Teilzeitbasis erwerbstätig, bei 19,5 % war nur der Mann erwerbstätig. Bei knapp 15 % der Paare mit Kindern unter 15 Jahren im selben Haushalt waren beide Partner:innen vollzeiterwerbstätig. Nur bei 3 % der Paare waren beide Partner:innen teilzeitbeschäftigt. Bei 9 % war eine/r der Partner:innen, zum überwiegenden Teil die Frau, in Elternkarenz.[6]

Der Druck, Erwerbsarbeit und unbezahlte Arbeit zu vereinbaren, ist in Österreich enorm, die Ergebnisse des Generations and Gender Surveys 2012/2013, die von Wernhart et al. (2018) aufbereitet wurden, machen deutlich, dass dieser Frauen wesentlich stärker trifft als Männer: Die Vereinbarkeitsthematik hat aber auch bei Männern Auswirkungen und wird vor allem auf die hohe Erwerbsintensität zurückgeführt. Denn nicht nur Kinder werden als ein Faktor für Zeitknappheit identifiziert, auch Paare ohne Kinder und Singles scheinen damit Probleme zu haben, die ebenfalls auf die hohe Belastung durch die Erwerbsarbeit zurückgeführt werden.

Auch aus einer gesundheitlichen Perspektive ist die Arbeitsintensität nicht nur anstrengend, sondern auch sehr ungesund. So berichtet beispielsweise der Mediziner Peter Hofer in einem Interview[7] von Forschungen zur Arbeitszeit, die zeigen, dass bei einer Beschäftigung von 40 Wochenstunden 20 % unter Schlafstörungen leiden. Frauen seien dabei nochmals häufiger betroffen als Männer, wohl weil vor allem für Frauen die Arbeit zu Hause weitergeht, sie also noch weniger abschalten können, so Hofer.

6 WIE ALSO DIESEN MASSIVEN GESCHLECHTSSPEZIFISCHEN SOZIOÖKONOMISCHEN SCHIEFLAGEN BEGEGNEN?

Neben strukturellen Nachteilen, wie der berufs- und branchenspezifischen Segmentation und Segregation auf dem Arbeitsmarkt, sind viele, wenn nicht sogar die meisten der sozioökonomischen Benachteiligungen von Frauen auf die Zuschreibung, dass Frauen für den Großteil der unbezahlten Arbeiten zuständig seien, zurückzuführen – seien es die hohen Teilzeitquoten, der Gender-Pay-Gap, der daraus resultierende Vermögens-Gap oder der Gender-Pension-Gap, die nicht zuletzt eine höhere Armutsgefährdung für Frauen zur Folge haben. Wenn es also darum gehen soll, die sozioökonomische Situation von Frauen zu untersuchen, muss unweigerlich bei der unbezahlten Arbeit und ihrer Verteilung angesetzt werden – gerade auch, um den aktuellen Krisen adäquat begegnen zu können. Denn international sind es folgende Lehren, die aus der

5 https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/gender-statistiken/vereinbarkeit-von-beruf-und-familie.
6 https://www.statistik.at/statistiken/arbeitsmarkt/erwerbstaetigkeit/familie-und-erwerbstaetigkeit.
7 https://www.arbeit-wirtschaft.at/arbeitszeit-verkuerzen/.

Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008/2009 gezogen werden (Seguino 2019): Erstens führen Kürzungen im Gesundheits- und Sozialbereich gemeinsam mit ökonomischer Instabilität zu langfristigen negativen Effekten auf die menschliche Entwicklung ebenso wie die Produktivität. Schlechtere Lebensbedingungen von Frauen und ein eingeschränkter Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen bedeuten eine verminderte Wohlfahrt für Frauen, oftmals aber auch für ihre Kinder – insofern steigt sowohl die Armutsgefährdung von Frauen als auch jene von Kindern. Zweitens könnten öffentliche Investitionen auch so gestaltet werden, dass Ungleichheiten zwischen Gruppen auch in und nach einer Krise ab- statt zunehmen. Dafür sollten Ausgaben für Soziales als öffentliche Investitionen in menschliche Fähigkeiten und Fertigkeiten klassifiziert werden. Diese führen nicht nur zu positiven Beschäftigungseffekten, die Frauen stärker zugutekommen und somit Geschlechterungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt reduzieren, sondern auch zu langfristigen Produktivitätssteigerungen durch den Ausbau von Fähigkeiten und Fertigkeiten von Menschen.

Um also die gleiche Verteilung unbezahlter Arbeit zwischen den Geschlechtern grundsätzlich und auch in Krisenzeiten zu fördern, sind einerseits der Ausbau qualitätsvoller sozialer Dienstleistungen im Bereich der Kinderbildung bzw. der Pflege und Betreuung sowie der Ausbau ganztägiger Schulformen notwendig. Andererseits müssten sowohl das Steuer- und Abgabensystem als auch die Familienförderung so umgebaut werden, dass eine partnerschaftliche Teilung der unbezahlten Arbeit und der Erwerbsarbeit zwischen Frauen und Männern gefördert wird.

Zudem ist eine Umverteilung der Erwerbsarbeitszeit zwischen den Geschlechtern als Vorbedingung zentral, denn Arbeitszeiten sind wichtige Dimensionen gesellschaftlicher Entwicklung und wesentliche Chancen für eine geschlechtergerechtere Gestaltung aller gesellschaftlich anfallenden und notwendigen Arbeiten. Es braucht eine umfassende Vision einer anderen Arbeitszeitgestaltung, die zu einer umfangreichen Umverteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit zwischen Erwerbstätigen und Erwerbsarbeitslosen, zwischen Frauen und Männern, zwischen Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten führen kann.

Die österreichischen Erfahrungen (vor allem die Arbeitszeitreduktion 1975, aber auch die Einführung der Möglichkeiten sogenannter Freizeitoptionen nach der großen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009) sowie internationale Beispiele von Arbeitszeitverkürzungen, wie jene in Frankreich im Jahr 2000, die nicht vorrangig an einer Umverteilung bezahlter UND unbezahlter Arbeit orientiert sind, zeigen, dass Arbeitszeitverkürzungen nicht automatisch eine Umverteilung aller Arbeiten bringen. Vielmehr resultieren sie dann darin, dass Männer mehr Freizeit zur Verfügung haben und Frauen weiterhin den Großteil der unbezahlten Arbeit verrichten. Während eine Arbeitszeitverkürzung also nicht „automatisch" bessere Ergebnisse in die bestehenden geschlechtsspezifischen Verteilungsschieflagen bringt, kann sie aber vor allem eine Vorbedingung für mehr Geschlechtergerechtigkeit sein. Es braucht jedenfalls eine Verbindung der Verkürzung der Arbeitszeit mit einer Bewusstseins- und Sensibilisierungs-Kampagne zur (Um-) Verteilung unbezahlter Care-Arbeit.

Zudem bedarf es eines Aufbrechens der starren Einteilung in Vollzeitarbeit und Teilzeitarbeit. Denn soziale Sicherung besteht in Abhängigkeit zur Normalarbeitszeit, die Dauer und die Kontinuität der Arbeitszeit bestimmen den Zugang zu Sozialversicherungssystemen und die Höhe der Leistungen. Aus gleichstellungspolitischer Sicht entsteht ein Problem, wenn Vollzeitarbeit in der derzeitigen Ausformung von der Mehrheit der Frauen, die Care-Arbeiten übernehmen, nicht erfüllt werden kann. Es wäre also viel zielführender, zum Beispiel eine 30-Stunden-Woche als

„kurze Vollzeit" oder „gesunde Vollzeit" zu definieren, um Benachteiligungen, die in erster Linie Frauen betreffen, zu vermeiden. Ein Aufbrechen der Einteilung in Vollzeit- und Teilzeitarbeit sollte dann auch dazu führen, dass sich mehr Männer für eine verringerte Anzahl an Stunden entscheiden. Modelle, in denen Frauen lediglich dazu aufgefordert werden, Vollzeiterwerbsarbeit zu leisten, greifen hingegen viel zu kurz, wenn die Aufteilung der unbezahlten Arbeit nicht miteinbezogen wird.

Um dies tun zu können, braucht es adäquate und vor allem regelmäßig aktualisierte Daten. Es ist höchst problematisch, dass Daten zur unbezahlten Haus-, Betreuungs- und Versorgungsarbeit nur sehr sporadisch erhoben werden und die letzte Zeitverwendungsstudie dreizehn Jahre zurückliegt. Es geht nicht nur um einen möglichst baldigen Zugang zu den neuen Daten, sondern auch um das Sicherstellen eines Erhebungszeitraums, der möglichst nahe an der Durchführung in anderen europäischen Ländern liegt. Denn das politische Desinteresse an den sozialen und ökonomischen Ursachen sowie Folgen der ungleichen Aufteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit sowie jener der alltäglichen Lebensrealitäten besonders von Frauen, bedeutet, dass sozioökonomische Maßnahmen, Sozialpolitik und Krisenpolitiken weiterhin zumindest auf einem Auge blind bleiben.

BIBLIOGRAFIE

Agarwal, Bina (1997). Bargaining and Gender Relations: Within and Beyond the Household. Feminist Economics 3 (1), 1–51.

Bachmayr-Heyda, Alina (2020). 4-Tage-Woche: Arbeit wird gerechter verteilt – auch Zuhause. Online verfügbar unter https://kontrast.at/gleichstellung-frauen-arbeitsmarkt-corona/ (abgerufen am 02.01.2023).

Becker, Gary S. (1981). A Treatise on the Family. Cambridge, MA, Harvard University Press.

Becker, Gary S. (1985). Human capital, effort, and the sexual division of labor. Journal of labor economics 3 (1, Part 2), 33–58.

Bittman, Michael/*England*, Paula/*Sayer*, Liana/*Folbre*, Nancy/*Matheson*, George (2003). When does gender trump money? Bargaining and time in household work. American Journal of sociology 109 (1), 186–214.

Buxbaum, Adi/*Soukup*, Nikolai (2022). Den Sozialstaat 2022 progressiv weiterentwickeln: 7 Wegweiser für eine Sozialpolitik des gesellschaftlichen Fortschritts. A&W-Blog v. 08.02.2022. Online verfügbar unter https://awblog.at/den-sozialstaat-2022-progressiv-weiterentwickeln/ (abgerufen am 16.12.2023).

Folbre, Nancy/*Gornick*, Janet/*Connolly*, Helen/*Munzi*, Teresa (2013). Women's Employment, Unpaid Work, and Economic Inequality. In: Janet *Gornick*/Markus *Jäntti* (Hg.). Income Inequality – Economic Disparities and the Middle Class in Affluent Countries. Standford, Standford University Press, 234–260.

Greenstein, Theodore N. (2000). Economic dependence, gender, and the division of labor in the home: A replication and extension. Journal of Marriage and Family 62 (2), 322–335.

Gubitzer, Luise/*Mader*, Katharina (2011). Care-Ökonomie. Ihre theoretische Verortung und Weiterentwicklung. Kurswechsel 4/2011, 7–21.

Haberkern, Klaus (2007). Zeitverwendung und Arbeitsteilung in Paarhaushalten. Zeitschrift für Familienforschung 19 (2), 159–185.

Jochimsen, Maren (2003). Careful Economics. Integrating Caring Activities and Economic Science. New York, Springer.

Katz, Elizabeth (1997). The Intra-Household Economics of Voice and Exit. Feminist Economics 3 (3), 25–46.

Klatzer, Elisabeth/*Schlager*, Christa (2013). Gleichstellungspolitik in der Krise. Kurswechsel 4/2013: 56–65.

Klawatsch-Treitl, Eva (2009). Vom Sorgen und Teilen – Care Ökonomie. In: Verein Joan Robinson/Institut für Institutionelle und Heterodoxe Ökonomie/WIDE Netzwerk (Hg.). Wirtschaft anders denken. Handbuch Feministische Wirtschaftsalphabetisierung. Wien, Eigenverlag, 147–150.

Lundberg, Shelly/*Pollak*, Robert A. (2008). Marriage market equilibrium and bargaining in marriage. Working Paper. Washington, University of Washington. Online verfügbar unter https://www.aeaweb.org/conference/2009/retrieve.php?pdfid=175 (abgerufen am 13.12.2023).

Mader, Katharina/*Moser*, Mathias/*Derndorfer*, Judtih (2018). Einkommen und unbezahlte Arbeit in österreichischen Paarhaushalten. Eine explorative Analyse einer Verknüpfung der ZVE2008/09 mit Lohnsteuerdaten. Unveröffentlichter Projektbericht.

Mader, Katharina/*Derndorfer*, Judith/*Disslbacher*, Franziska/*Lechinger*, Vanessa/*Six*, Eva (2020). Blog Series: Gender specific effects of covid-19. Online verfügbar unter https://www.wu.ac.at/en/economics/people/mader-k/genderspecificeffectsofcovid-19/ (abgerufen am 08.09.2022).

Mader, Katharina/*Reiff*, Charlotte (2021). Familienarbeitszeitmodell: Mehr Zeit für Väter, mehr Geld für Mütter. A&W-Blog v. 17.08.2021. Online verfügbar unter https://awblog.at/familien-arbeitszeitmodell/ (abgerufen am 20.12.2022).

Madörin, Mascha (2010). Care Ökonomie – eine Herausforderung für die Wirtschaftswissenschaften. In: Christine *Bauhardt*/Gülay *Çağlar* (Hg). Gender and Economics. Springer Verlag, 81–104.

Mayrhuber, Christine (2020). Gender-Schieflagen in der Arbeitszeitdebatte. Kommentar der anderen. DerStandard v. 23.09.2020. Online verfügbar unter https://www.derstandard.at/story/2000120184868/gender-schieflagen-in-der-arbeitszeitdebatte (abgerufen am 02.01.2023).

OECD (2011). Kochen, Pflegen, Putzen: OECD-Studie zeigt Ungleichgewicht der Geschlechter. Online verfügbar unter http://www.oecd.org/berlin/presse/kochenpflegenputzenoecd-studiezeigtungleichgewichtdergeschlechter.htm (abgerufen am 15.12.2022).

Rathgeb, Philip/*Wiß*, Tobias (2020). Österreichische Familienpolitik verstärkt Geschlechterungleichheit. Online verfügbar unter https://www.momentum-institut.at/system/files/2020-03/pb_200304_kinderbetreuung.pdf (abgerufen am 10.01.2023).

Schappelwein, Elisabeth (2018). Ich seh', ich seh', was du nicht siehst: Der blinde Fleck unbezahlte Arbeit – Möglichkeiten der ökonomischen Berücksichtigung am Beispiel Österreich. Masterarbeit. Wien, Wirtschaftsuniversität Wien.

Schilliger, Sarah. (2009). Who cares? Care-Arbeit im neoliberalen Geschlechterregime. Widerspruch 56, 93–106.

Schmidt, Eva Maria (2022). Väter unerwünscht? Warum so wenige Väter Kinderbetreuungsgeld beziehen. A&W-Blog v. 22.06.2022. Online verfügbar unter https://awblog.at/warum-so-wenige-vaeter-kinderbetreuungsgeld-beziehen/ (abgerufen am 20.12.2022).

Seguino, Stephanie (2019). Feminist and stratification theories' lessons from the crisis and their relevance for post-Keynesian theory. European Journal of Economics and Economic Policies: Intervention, Vol. 16 No. 2, 2019, 193–207.

Sen, Amartya (1990). Gender and Cooperative Conflicts. In: Irene *Tinker* (Hg). Persistent Inequalities: Women and World Development. New York, Oxford University Press, 458–500.

Sorger, Claudia (2016). Die Vision einer geschlechtergerechten Arbeitszeit. In: Nadja *Bergmann*/ Claudia *Sorger* (Hg.). 40 Jahre 40-Stunden-Woche in Österreich. Und jetzt? Impulse für eine geschlechtergerechte Arbeitszeitpolitik. Sozialpolitik in Diskussion 18. Wien, ÖGB-Verlag, 115–126.

Stadler, Bettina/*Mairhuber*, Ingrid (2017). Arbeitszeiten von Paaren. Aktuelle Verteilungen und Arbeitszeitwünsche. FORBA-Forschungsbericht 3/2017. Wien, FORBA.

Statistik Austria (2009). Zeitverwendung 2008/09. Online abrufbar unter https://statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/zeitverwendung (abgerufen am 11.12.2022).

Wernhart, Georg/*Dörfler*, Sonja/*Halbauer*, Stefan/*Mazal*, Wolfgang/*Neuwirth*, Norbert. (2018). Familienzeit – Wie die Erwerbsarbeit den Takt vorgibt. Forschungsbericht Nr. 25. Österreichisches Institut für Familienforschung. Wien, Universität Wien.

Wichterich, Christa (2013). Wider die Ökonomisierung des Lebendigen. Feministische Perspektiven auf Wege aus der Vielfachkrise. Kurswechsel 4/2013, 66–73.

Women's Budget Group (2017). Intersecting Inequalities. The impact of austerity on Black and Minority Ethnic women in the UK. Online verfügbar unter https://wbg.org.uk/analysis/intersecting-inequalities/ (abgerufen am 12.11.2021).